

Ivan Stecher

## Postliberal und multipolar? Europas Narrativ für die Welt von morgen

Viel wird über das „Zusammenwachsen“ Europas gesprochen und geschrieben – wer in akademischen Kreisen reüssieren will, kommt an dieser Vorstellung nicht vorbei: Sie gehört zum Grundinventar jener Erzählung, ohne die man sich dort schwerlich zu etablieren vermag. Doch welche Erzählung kann diese „Neuwerdung“ oder „Vervollkommnung“ – je nach Sichtweise – stützen, sodass ein breiter Konsens in der europäischen Bevölkerung darüber gefunden wird? Blicken wir zurück auf die wesentlichen Narrative der letzten Jahrzehnte, in denen sich Kultur und Geopolitik verschränkten.

Den Anfang macht das Buch vom „Ende der Geschichte“ (1992), welches nicht nur seinen Verfasser Francis Fukuyama zum großen Interpreten der Gegenwart adelte, sondern dessen Titel zum geflügelten Wort einer epochalen Stimmung wurde – und zwar jener nach dem Fall des Eisernen Vorhangs. Seit dem Zweiten Weltkrieg waren sich zwei große Blöcke in einer bipolaren Weltordnung gegenüberstanden. Mit dem Fall der Sowjetunion entstand eine unipolare Welt. Die USA waren globaler Hegemon. Die dazugehörige Deutung lieferte Fukuyamas Opus Magnum. Denn für die USA wurde ebenjene Geschichtsdeutung zur mobilisierenden, narrativen Kraft: Die Demokratie liberaler Prägung schien das alternativlose System der Zukunft zu sein. Es hat sämtliche Duelle gegen Systemalternativen gewonnen und hat dadurch bewiesen, dass es das beste Gesellschaftsmodell ist:

1. 1918 erfolgte der Sieg über die Systemalternative Monarchie
2. 1945 wurde die Systemalternative Faschismus besiegt
3. 1989/91 schließlich auch die Systemalternative Kommunismus

Natürlich sind dazwischen einige Stellvertreterkriege zu nennen, Korea, Kuba, Vietnam, die einen hohen Blutzoll verlangten, letztlich aber trotz aller innenpolitischen Differenzen und Proteste (siehe Vietnam) zur Legitimierung der bald einzigen Weltmacht dienten. Das Narrativ war nach 1989/91 gewissermaßen hegelianisch: Durch die Siege lässt sich klar eine historische Tendenz zur liberalen Demokratie konstatieren. Alle drei Systemalternativen waren delegitimiert. Die USA beanspruchte auf Grundlage des liberalen Narrativs moralische Legitimation für Interventionen auf *Regime Change* in anderen Ländern: „The war to end all wars“ wurde eine Art Endzeiterzählung: ein Recht, diesen

„letzten“ Krieg zu führen, damit die Welt endlich zur Ruhe kommt, wie die zahlreichen Scharmützel bis Interventionen im Nahen Osten im 21. Jahrhundert eindrucksvoll belegen. Das „Ende“ bedeutet nicht das Ende von Ereignissen oder Konflikten, sondern dass es keine fundamentalen Systemalternativen mehr gibt, die den liberalen Demokratien überlegen wären. Alle Gesellschaften würden sich letztendlich diesem Modell annähern. Langfristig hätte sich daraus, so Fukuyamas Vision, eine ideologisch konvergierte Welt entwickeln können, eine friedliche Koexistenz ohne Systemkonflikte, wiewohl weiterhin gewisse Unterschiede bestünden. Die Frage nach Europas Narrativ in einer von geopolitischem Wandel geprägten Welt hätte sich wohl nicht in dieser Form gestellt. Mittlerweile hat die Realität, aber auch Fukuyama selbst, seine Thesen modifiziert, kulturelle Faktoren, Identitätspolitik und autoritäre Systemalternativen seien doch widerstandsfähiger als ursprünglich gedacht.

Im Jahre 1996 legte ein ähnlich bedeutsamer Politologe, Samuel Huntington, eine Art Gegenwerk vor: „Kampf der Kulturen“. Die Kernthese Huntingtons lautet, dass nach dem Ende des Kalten Krieges die hauptsächlichen Konfliktlinien der Weltpolitik kultureller Natur sein werden. Die Welt teilt sich seiner Ansicht nach in mehrere große Kulturkreise (Zivilisationen) auf, die aufgrund ihrer unterschiedlichen Wertesysteme, Religionen und historischen Entwicklungen in Konflikt geraten. Er identifiziert acht Hauptzivilisationen, darunter die westliche, konfuzianische (chinesische), islamische, hinduistische oder slawisch-orthodoxe. Wichtig zu erwähnen ist eine seiner Hauptthesen: Der Versuch des Westens, seine Werte wie Demokratie und Liberalismus zu universalisieren, führt zu Gegenreaktionen anderer Zivilisationen. Huntingtons Modell mag nicht eins zu eins auf die heutige geopolitische Konstellation übertragbar sein – zu viele Konflikte gibt es beispielsweise innerhalb der islamischen Welt, doch bestimmte Grundtendenzen sind nicht von der Hand zu weisen. In der gegenwärtigen geopolitischen Entwicklung zeichnet sich eine multipolare Weltordnung ab, in der sich verschiedene regionale Blöcke mit eigenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Charakteristika formieren. Zu nennen sind hier, wie bei Huntington, China, Indien, Russland und die USA mit einem stärkeren Fokus auf den amerikanischen Kontinent unter Trump (Monroe-Doktrin). Europa steht vor der geopolitischen Herausforderung und Chance, sich als eigenständiger Pol in diesem System zu etablieren. Doch unter welcher Prämisse würde es zusammenwachsen können? Was wäre der narrative Treiber dessen?

Zunächst zurück zu Fukuyama. An der Schwelle zum neuen Jahrtausend passierte etwas systemisch Grundlegendes auf dem europäischen Kontinent und darüber hinaus. Die osteuropäischen Gesellschaften entwickelten nach 1989/91 ein Gefühl historischer Benachteiligung. Während Westeuropa bereits 1945 demokratisiert wurde, verblieben sie weitere 45 Jahre unter kommunistischer Herrschaft und fielen volkswirtschaftlich deutlich zurück. Nach 1990 strebten diese

Länder zunächst eine rasche Angleichung an westliche Standards an. Diese Imitationsstrategie wich jedoch allmählich einer kritischen Haltung gegenüber westlichen Modellen. Die zentrale Frage lautete nun: Muss alles vom Westen übernommen werden, auch die problematischen Aspekte? Stattdessen erfolgte eine Rückbesinnung auf präkommunistische Traditionen und nur eine selektive Adaption westlicher Errungenschaften. Diese Entwicklung führte zur Zurückweisung von Fukuyamas These vom Ende der Geschichte sowie einer Kritik am westlichen Liberalismus als Universalmodell. Anstelle globaler Konvergenz etablierte sich besonders in Russland und China eine dem jeweiligen „Großraum“ eigene, vom westlichen Modell losgelöste Erzählung. Dies geschah aber auch innerhalb Europas – besonders Viktor Orbán artikuliert eine explizit „illiberale“ Demokratievorstellung, die eine narrative Kontinuitätslinie zu den ungarischen Anfängen herstellt und den Weg der ungarischen Nation als Überlebensgeschichte auf den Weg in die Gegenwart erzählt, die von „Volk“, dem ungarischen Kollektiv auch in Zukunft fortgesetzt werden soll.

Diese Entwicklung erhielt global gesehen mit der zweiten Amtszeit Donald Trumps zusätzliche Dynamik. Das liberale Modell bekam nicht nur erhebliche Risse, sondern es zeichnet sich gegenwärtig ein zunehmender Rückzug der USA aus Europa ab. Die amerikanische Politik stellte auf ein System der Effizienz um, das ethische Erwägungen – besonders in der Außenpolitik – pragmatischen Kalkülen unterordnete. Blicken wir 2025 auf die Welt, so zeigt sich eine fundamentale Verschiebung der globalen Ordnung, denn auch die anderen „Großräume“ – Indien, China, Teile Afrikas und die arabische Welt – folgen nicht dem liberalen Paradigma.

Hier kommen wir nun zum europäischen Narrativ, das vielen – besonders in Academia, den Medien oder dem Kultursektor – vorschwebt: Europa könnte unter der Prämisse zusammenwachsen, als letzter Verfechter der liberalen Demokratie zu fungieren, während es gleichzeitig eigene postliberale Tendenzen zurückdrängt. Diese Vision sieht eine stärkere EU vor, die sich als liberales Europa der Menschenrechte, Diversität und Minderheitenrechte in einer zunehmend „illiberalen“ Welt manifestiert. Die EU würde weiter zusammenwachsen, sich zentralisieren, Mitgliedstaaten mit gegenläufigen Tendenzen einhegen und sich über eben diese Werte (siehe auch Art. 2 EUV) definieren. Es wäre sicher ein logischer Schritt; einer für den sich viele begeistern können.

Der renommierte britische Journalist und Populismus-Analyst David Goodhart würde hier allerdings auf die wohl bedeutendste gesellschaftliche Bruchlinie der Moderne verweisen: „Somewheres“ vs. „Anywheres“. Es stehen „verwurzelte“ Menschen mit starken lokalen Bindungen und oftmals traditionellen Werten, die Stabilität und Vertrautheit raschen gesellschaftlichen Veränderungen eher vorziehen, jenen Menschen gegenüber, die tendenziell mobiler, kosmopolitisch orientiert, mit oftmals – zumindest formell – hoher Bildung ausgestattet sind und universalistische Werte vertreten.

Goodharts Innovation besteht letztlich darin – v.a. entgegen jedweder marxistischen Tradition – politische Verwerfungen wie Brexit, Trump-Wahl oder AfD-Erfolge nicht primär über die Ökonomie, sondern über kulturelle Entfremdung zu erklären. Die „Somewheres“ fühlen sich von einer Anywhere-Elite regiert, die ihre Lebensrealität nicht versteht. In einem hypothetischen österreichischen Szenario, nach dessen realer Grundlage zu suchen, nicht Intention des vorliegenden Textes sein kann, könnte eine Politikerin aus Wien, die aufgrund der gut ausgebauten U-Bahn-Infrastruktur effizient und „klimafreundlich“ zur Arbeit fahren kann, kritisch über den Lebensstil von Familien urteilen, die in Einfamilienhäusern leben und zwei Fahrzeuge besitzen, da diese für ihre täglichen Erledigungen nicht ausschließlich auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sein können. Mehr in einer polittheoretischen Sprache ausgedrückt: Vertreten nicht auch die „Somewheres“ eine legitime Perspektive, da sie die anthropologische Bedeutung organisch gewachsener Gemeinschaften und regionaler Identitäten betonen, die für menschliche Orientierung und sozialen Zusammenhalt konstitutiv sind? Verdiente nicht auch ihre meist defensive Position ein gewisses Maß an Beachtung, wenn sie darauf hinweisen, dass traditionelle Lebensformen oft systematisch als überholt bewertet werden, ohne deren stabilisierende und sinnstiftende Funktion angemessen zu würdigen? Reicht eine normativ-universalistische Identität aus, um die kulturelle und historische Vielfalt Europas zu einen und eine dauerhafte politische Loyalität zu generieren? Europas Narrativ wird nur dann dauerhaft tragfähig sein, wenn es diese Fragen nicht länger als störende Einwände behandelt, sondern als den Ausdruck legitimer Perspektiven anerkennt, die in keinem rein universalistischen Selbstbild aufgehen und deren Beachtung nicht Schwäche des liberalen Projekts bedeutet, sondern womöglich die Bedingung seiner Erneuerungsfähigkeit.

### **Literaturverzeichnis:**

Fukuyama, Francis (1992): *The End of History and the Last Man*. New York: Free Press.

Goodhart, David (2017): *The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics*. London: Hurst & Company.

Holmes, Stephen/Krastev, Ivan (2019): *The Light that Failed: A Reckoning*. London: Allen Lane.

Huntington, Samuel P. (1996): *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York: Simon & Schuster.